

## Zur Funktion und Bedeutung der Parteibindung für den modernen Wähler

Ohr, Dieter; Quandt, Markus; Dülmer, Hermann

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ohr, D., Quandt, M., & Dülmer, H. (2005). Zur Funktion und Bedeutung der Parteibindung für den modernen Wähler. In J. W. Falter, O. W. Gabriel, & B. Weißels (Hrsg.), *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002* (S. 434-458). Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. [https://doi.org/10.1007/978-3-322-80516-4\\_18](https://doi.org/10.1007/978-3-322-80516-4_18)

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

**gesis**  
Leibniz-Institut  
für Sozialwissenschaften

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

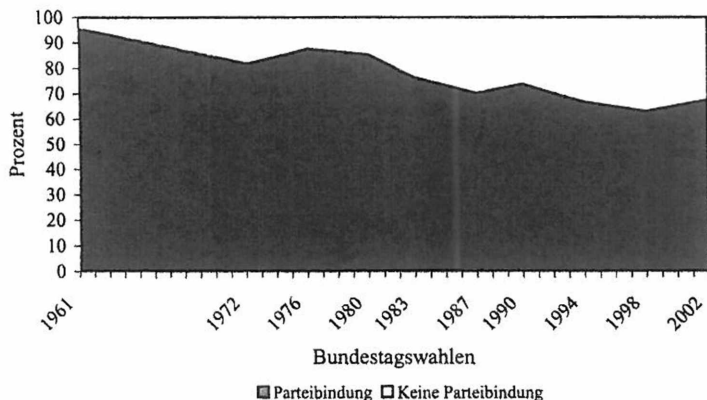
Mitglied der  
  
Leibniz-Gemeinschaft

## Zur Funktion und Bedeutung der Parteibindung für den modernen Wähler

### 1 Partisan Dealignment: Zur Rolle kognitiver Mobilisierung

Die Beziehungen zwischen Wählern und Parteien befinden sich in einem tiefgreifenden Wandel. Mit dem Begriff des so genannten *partisan dealignment* wird zum Ausdruck gebracht, dass sich die Bindungen der Wähler zu den politischen Parteien in den letzten Jahrzehnten abgeschwächt haben und weiter abschwächen (Dalton, Beck und Flanagan 1984: 14). Abbildung 1 dokumentiert für die letzten vier Jahrzehnte den Anteil der Personen in den westdeutschen Bundesländern, die sich an eine politische Partei gebunden sehen. Über den gesamten Zeitraum hinweg ist ein insgesamt kontinuierlicher Rückgang des Anteils der an eine Partei gebundenen Wahlberechtigten zu beobachten. Während die Gruppe der Ungebundenen noch Anfang der sechziger Jahre nicht mehr als knapp 5 Prozent ausmachte, betrachtete sich im Jahre 2002 ein Drittel der Wahlberechtigten als politisch unabhängig.

Abbildung 1: Parteibindung, 1961-2002 (Westdeutschland)



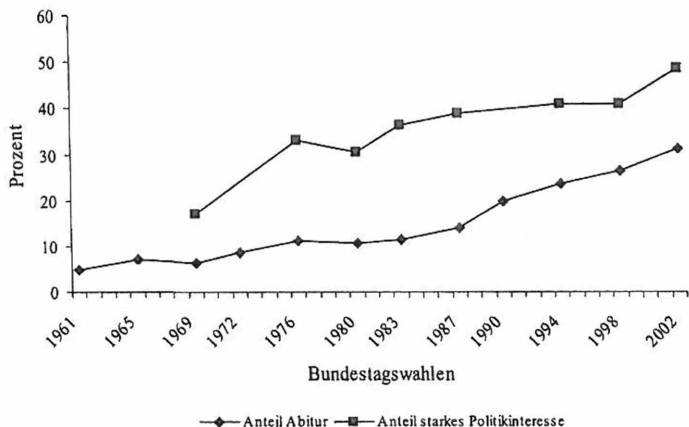
Anmerkung: Gewichtete Daten; Wahlstudien s. Anhang.

Ein solcher Wandel in den Beziehungen zwischen Parteien und Bürgern hat weitreichende Konsequenzen für das politische System, den Charakter von Wahlkämpfen, die politische Kommunikation allgemein und das Entscheidungsverhalten der Wähler. So wird bei der Wahlentscheidung kurzfristigen Erwägungen, wie der Orientierung an jeweils aktuellen Sachfragen oder an den politischen und persönlichen Eigenschaften der Spitzenpolitiker, eine größere Bedeutung zukommen. Die Wähler werden wechselbereiter, reagieren schneller und konsequenter auf subjektiv wahrgenommene Lösungsdefizite der politischen Akteure (vgl. z. B. Dalton und Wattenberg 1993). Auch scheint plausibel, dass die Massenmedien gegenüber früheren Zeiten ein größeres Wirkungspotenzial entfalten, fällt doch bei politisch ungebundenen Wählern die immunisierende Prädisposition einer Parteibindung weg (Dahlem 2001: 95).

Bedeutet nun eine Abschwächung der Wähler-Parteien-Beziehungen, wie wir sie im Aggregat feststellen, dass eine Parteibindung auch individuell gesehen mehr und mehr entbehrlich wird? Ist der moderne, "individualisierte" Wähler in der Mediendemokratie nicht mehr darauf angewiesen, sich in seinem politischen Urteil auch an den Deutungsangeboten der politischen Parteien zu orientieren? Die ganz grundlegende Frage "Why do people identify with parties?" (Shively 1979: 1039) könnte sich jetzt – mehr als vier Jahrzehnte nach Einführung des Konzepts der Parteiidentifikation von Campbell et al. (1960) in die Wahlforschung – mehr denn je stellen und muss womöglich so beantwortet werden, dass für immer weniger Wahlberechtigte eine Parteibindung noch eine wichtige Funktion erfüllt. Aus Sicht der Theorie kognitiver Mobilisierung (Inglehart 1977; Dalton 1984) muss man die Abschwächung der Parteibindungen in der Tat in dieser Weise deuten. Demnach seien die Wähler in der Moderne weit besser mit Ressourcen und Fertigkeiten ausgestattet als in früheren Zeiten. Sie seien häufiger und in höherem Maße "kognitiv mobilisiert". Demzufolge bedürften in der Gegenwart viele Wähler immer weniger der Orientierungsangebote politischer Parteien: "Cognitive mobilization implies that citizens possess the skills and resources necessary to become politically engaged with little dependence on external cues" (Dalton 1984: 267). Der Nutzen, den eine Parteibindung stifte, indem sie Orientierung in einer komplexen politischen Welt zu bieten vermag, werde so mit der Zeit immer kleiner. Hohe *Bildung* ist eine erste Voraussetzung für hohe kognitive Mobilisierung. Sie schafft die individuellen Kapazitäten, um komplexe Sachverhalte, wie politische Zusammenhänge sie darstellen, verstehen zu können. Ob diese Kapazitäten dann tatsächlich genutzt werden, um politische Fragen zu beurteilen, ist damit freilich noch nicht entschieden. Hinzukommen muss, zweitens, auch ein *Interesse an Politik*, das sich, unter anderem, darin äußern mag, dass im persönlichen Umfeld über politische Fragen diskutiert wird und dass politische Informationen gesucht werden. Abbildung 2 dokumentiert, wie sich das Bildungsniveau und das politische Interesse in den letzten vier Jahrzehnten in der deutschen Bevölkerung entwickelt haben.

Der Anteil der Personen mit einer hohen formalen Schulbildung ist seit 1961 kontinuierlich gestiegen. Etwa ein Drittel der westdeutschen Befragten verfügte im

Abbildung 2: Anteil von Personen mit Abitur und mindestens starkem Politikinteresse, 1961-2002 (Westdeutschland)



Anmerkung: Gewichtete Daten; Wahlstudien s. Anhang.

Jahr 2002 über die Hochschulreife, während der entsprechende Anteil zu Beginn der sechziger Jahre noch bei rund 5 Prozent lag. Im Zuge dieser Bildungsexpansion seit Beginn der sechziger Jahre zeichnen sich die nachfolgenden Generationen durch ein höheres Bildungsniveau aus als ihre Vorgängergenerationen (vgl. Bürklin und Klein 1998: 87). Das Politikinteresse stieg seit den siebziger Jahren ebenfalls deutlich an und bewegte sich bereits in den achtziger und neunziger Jahren auf einem hohen Niveau.<sup>1</sup> Im Jahr 2002 äußerte rund die Hälfte der Wahlberechtigten ein mindestens starkes Interesse an Politik.

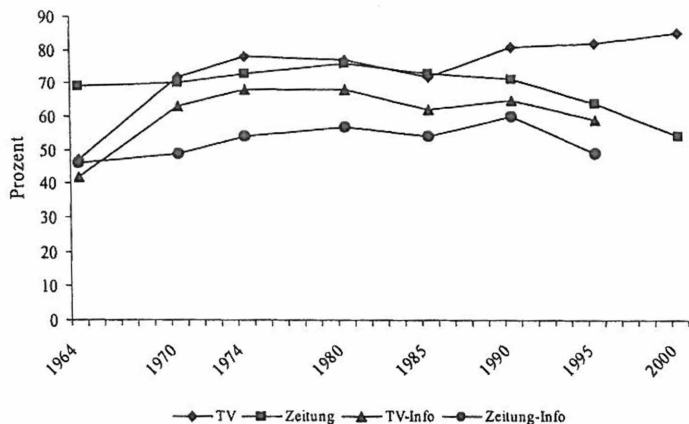
Eine dritte Ressource, die kognitive Mobilisierung befördere und Wähler zunehmend in die Lage versetze, sich unabhängig von einer Bindung an politische Parteien ein politisches Urteil zu bilden, sei in dem stark erhöhten Angebot politischer Informationen durch die Massenmedien und in einer damit einhergehenden stärkeren *Nutzung politischer Informationen* zu sehen. Schmitt-Beck und Schrott (1994) formulieren diese These explizit im Titel ihres Beitrags "Dealignment durch Massenmedien? Zur These der Abschwächung von Parteibindungen als Folge der Medienexpansion". Dass eine solche Medienexpansion in Deutschland wie auch in den meisten anderen westlichen Gesellschaften stattgefunden hat, lässt sich anhand

1 Der Anstieg des politischen Interesses zwischen 1969 und 1976 mag zum Teil auf unterschiedliche Antwortkategorien zurückgehen. Ist 1969 die mittlere Antwortkategorie mit "mittel" bezeichnet, so wurde 1976 "nicht so stark" verwendet (zu den verwendeten Wahlstudien s. Anhang).



mehrerer Indikatoren belegen (vgl. Ohr 2004). Abbildung 3 zeigt für das Fernsehen und für die Tageszeitung, wie sich deren generelle Reichweiten seit den sechziger Jahren entwickelt haben und in welchem Maße die Bürger von den politischen Informationsangeboten der beiden Medien erreicht wurden.

Abbildung 3: Reichweiten von Fernsehen und Tageszeitung, 1964-2000 (Westdeutschland)



Quelle: Berg und Kiefer (1996: 37, 183); Berg und Ridder (2002: 31, 32).

Bis etwa Mitte der siebziger Jahre etablierte sich das Fernsehen als dasjenige Medium mit der höchsten Reichweite, auch bezogen auf die politische Information. Mit Einführung des dualen Rundfunksystems Mitte der achtziger Jahre vermochte das Fernsehen seine Reichweite noch einmal zu steigern. Dagegen nimmt die Reichweite der Tageszeitung sukzessive ab. Damit verbunden scheint sich bei beiden Medien ein allmählicher Rückgang in der Nutzung des politischen Informationsangebots abzuzeichnen. Während dies bei den Tageszeitungen auf die sinkende Reichweite zurückzuführen sein dürfte, wirkt sich beim Medium "Fernsehen" wohl eher die Ausweitung des Unterhaltungsangebots vor allem in den privaten TV-Kanälen und als Folge deren stärkere Frequentierung aus.

Alles in allem trifft das Schlagwort von der "Informationsexplosion" (Dalton 1984: 265) nur einen eng begrenzten Teilaspekt der Realität des Wählers in der Mediengesellschaft. Zwar hat sich die Verfügbarkeit an Medienangeboten in der Tat dramatisch gesteigert, und damit einhergehend auch das Angebot an politischer Information. Noch stärker zugenommen hat aber das Unterhaltungsangebot, insbesondere im Fernsehen. Die unbestreitbare Zunahme der Informationsangebote und

deren sehr viel bessere Verfügbarkeit führen also wohl kaum zu einer höheren Nutzung seitens der Bürger.

Während bei der formalen Bildung und dem Interesse an Politik ein kontinuierlicher Anstieg mit einem Anwachsen der Gruppe politisch Ungebundener korrespondiert, finden wir auf der Makroebene nur recht eingeschränkt Belege für die These eines "Dealignments durch Massenmedien". Ob nun solche gleichgerichteten Zusammenhänge wie im Falle der Bildung und des politischen Interesses bestehen oder nicht, eine derartige Makrobetrachtung ist in hohem Maße der Gefahr von Fehlschlüssen ausgesetzt. Sozialer und technologischer Wandel beinhaltet eine Vielzahl von Teilprozessen, und jeder dieser Teilprozesse könnte eine Rolle bei dem Prozess des *partisan dealignment* spielen (Schulz, Zeh und Quiring 2000: 413-414). Hinzu kommt, wie bei den meisten Makroanalysen, die wohlbekannte Problematik des ökologischen Fehlschlusses.

Daher lässt sich die für uns zentrale Frage nach der Funktion und Bedeutung einer Parteibindung nur in einer Mikrobetrachtung klären. Wenn es zutrifft, dass kognitiv mobilisierte Wähler leichter auf eine Parteibindung verzichten können, so fragt es sich, ab welchem Grad der kognitiven Mobilisierung eines Individuums eine solche *Bedeutungsabnahme* eintritt. Darüber hinaus wäre zu klären, welchen Facetten der kognitiven Mobilisierung dabei die größte Bedeutung zukäme: der formalen Bildung, dem politischen Interesse oder der politischen Information in einem leistungsfähigen System der Massenmedien. Zuletzt wäre denkbar, dass sich bei einer höheren kognitiven Mobilisierung Wahrscheinlichkeit und Intensität einer Parteibindung nicht notwendigerweise verringern. Es mag auch für kognitiv mobilisierte Wähler sinnvoll sein, sich längerfristig an eine Partei zu binden – nämlich dann, wenn auf diesem Weg Informations- und Entscheidungskosten im Vorfeld einer Wahl reduziert werden können (Downs 1957; Robertson 1976). Mit Shively (1979) könnte man sogar, zugegebenermaßen etwas zugespitzt, argumentieren, dass *vor allem* kognitiv mobilisierte Bürger eine Parteibindung entwickeln, da sie hohe Maßstäbe an ihr eigenes politisches Urteil anlegen und deshalb bestrebt sind, Komplexität zu reduzieren. Eine derartige Form der Bindung hätte dann aber vermutlich einen strategisch-instrumentellen oder auch einen stärker situativen Charakter und wiese wahrscheinlich nur noch wenig Gemeinsamkeiten mit dem klassischen sozialpsychologischen Konzept der Parteidentifikation auf, das eher den emotionalen Charakter einer einmal entwickelten Parteibindung betont und die Identität des Individuums berührt. Vorstellbar wäre als eine mögliche Konsequenz kognitiver Mobilisierung also auch ein sukzessiver *Bedeutungswandel* von Parteibindung.

## 2 Die "neuen Unabhängigen"

Wenn die These kognitiver Mobilisierung stimmt, gibt es unter den ungebundenen Wahlberechtigten eine – über die Zeit hinweg vermutlich wachsende – Gruppe, die

hoch gebildet und an Politik stark interessiert ist sowie die verfügbaren Medien intensiv zur Information über die Politik nutzt. Dalton (1984: 271) spricht in diesem Zusammenhang von "apartisans":

"The apartisans are not attached to political parties. Nevertheless, they are involved in politics. If the cognitive mobilization thesis is correct, this group should possess the political skills necessary to orient themselves to politics without depending on party labels."

Die Bestimmung dieser "neuen Unabhängigen" ist bei Dalton Teil einer Wählertypologie, die auf der kognitiven Mobilisierung einerseits und der Existenz und Stärke der Parteineigung andererseits beruht. Eine Anwendung dieser Typologie auf den deutschen Kontext nehmen Schmitt-Beck und Schrott (1994: 551) vor:

*Tabelle 1: Kognitive Mobilisierung und Parteineigung (nach Dalton 1984; Schmitt-Beck und Schrott 1994)*

Kognitive Mobilisierung	Parteineigung	
	Keine, schwache, mäßige Neigung	Starke, sehr starke Neigung
Hoch	Neue Unabhängige	Kognitive Parteianhänger
Niedrig	Unpolitische	Rituelle Parteianhänger

Kognitive Mobilisierung wurde dabei von Schmitt-Beck und Schrott (1994) in Anlehnung an Dalton (1984) durch einen additiven Index operationalisiert, der Bildung und politisches Interesse zusammenführt. Um zu den "neuen Unabhängigen" gezählt zu werden, müssen Befragte einen hohen Grad kognitiver Mobilisierung und keine starke Parteineigung aufweisen. Sie müssen also eine hohe Bildung und/oder ein starkes Interesse an Politik besitzen sowie eine Parteineigung von höchstens mittlerer Intensität besitzen.<sup>2</sup>

Bei der empirischen Umsetzung überrascht, dass die Etikettierung als "neue Unabhängige" (bei Schmitt-Beck und Schrott als "neue Parteilose" bezeichnet) selbst solche Personen einschließt, die eine Parteineigung mit mittlerer Intensität besitzen. Ein empirischer Effekt dieses Vorgehens liegt auf der Hand: Berücksichtigt man stattdessen, wie der Begriff dies nahe legt, tatsächlich nur diejenigen Wahlberechtigten, die gänzlich ohne eine Parteineigung sind, so machen die "neuen Unabhängigen" in den hier verwendeten Daten nur noch rund 12 Prozent der Wahlberechtigten und damit nur etwa die Hälfte des Wertes für 1990 aus, den Schmitt-Beck und Schrott finden.<sup>3</sup> Und stellt man zudem in Rechnung, dass die Grenze, ab

- Der Index für kognitive Mobilisierung bei Schmitt-Beck und Schrott (1994: 551) wird als Summe der formalen Bildung und des politischen Interesses gebildet, wobei beide Indikatoren jeweils vier Ausprägungen besitzen. Der resultierende Index hat sieben Ausprägungen. Ein Befragter gilt als "kognitiv hoch mobilisiert", wenn er die im Sinne kognitiver Mobilisierung vier höchsten Ausprägungen auf der Indexvariablen aufweist.
- Datengrundlage der empirischen Analysen ist hier und im Folgenden die Wahlstudie "Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland" (ZA-Studiennummer 3861). Primärforscher der Studie sind Jürgen W.

der man von "kognitiv hoch mobilisierten" Wählern spricht, sicherlich auch enger gezogen werden könnte, so relativiert sich die Gruppengröße der "neuen Unabhängigen" noch einmal. Nun ist es durchaus nicht ein für allemal entschieden, ob die viel beschworene Gruppe der "neuen Unabhängigen" überhaupt existiert und wie groß diese Gruppe gegebenenfalls ist. Indem man aber selbst diejenigen Befragten mit einer mittelstarken Parteineigung noch zu dieser Gruppe rechnet, trifft man eine Vorentscheidung zugunsten des eigentlich erst zu prüfenden Sachverhalts.

Schmitt-Beck und Schrott (1994: 568) testen ihre These zu dem "... behaupteten Zusammenhang zwischen der Intensität der Nutzung der Massenmedien und der Abschwächung von Parteibindungen ...", indem sie etwa die Gruppe der "neuen Unabhängigen" mit den "Unpolitischen" kontrastieren und in einem multivariaten Modell Effekte der Medienorientierung und Medienzuwendung ermitteln. Die Ausgangsthese selbst wird damit freilich nur auf eine sehr indirekte Weise geprüft. Da bei ihrem Vorgehen hohe Bildung und/oder hohes politisches Interesse in die Bestimmung der "neuen Unabhängigen" eingehen, präjudizieren sie so gerade ihre empirischen Befunde zur Medienzuwendung dieser Gruppe. So ist es nicht sonderlich überraschend, dass eine Teilgruppe, die bereits qua Konstruktion kognitiv hoch mobilisiert ist, auch intensiv die Massenmedien nutzt. Zur möglichen Beziehung zwischen intensiver Mediennutzung und dem Vorhandensein oder der Stärke einer Parteibindung sagt der Befund damit sehr wenig. Vielmehr dürften die empirischen Ergebnisse primär die Beziehung zwischen hoher Bildung bzw. starkem Politikinteresse einerseits und Medienzuwendung andererseits reflektieren.

Kognitive Mobilisierung sollte aus unserer Sicht sinnvollerweise *kein definitives Kriterium* sein, um die Gruppe der "neuen Unabhängigen" zu bestimmen. Vielmehr erscheint es uns angemessener, empirisch zu prüfen, in welcher Beziehung die kognitive Mobilisierung von Wählern zur Bindung an eine politische Partei steht: zur Existenz einer solchen Bindung, ihrer Stärke und ihrer inhaltlichen Bedeutung. Wenn sich empirisch zeigen ließe, dass bei hoher kognitiver Mobilisierung eine Parteibindung entbehrlich wird oder, falls noch vorhanden, schwächer ausfällt oder aber sich in ihrer Bedeutung wandelt, so wäre dies ein starker Beleg für die Gültigkeit der These kognitiver Mobilisierung.

Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel dieses Beitrags, die Determinanten der Parteibindung, ihre Stärke und ihren Bedeutungsgehalt zu untersuchen. Wir werden dabei besonders die Rolle persönlicher Ressourcen und Merkmale betrachten: die Bildung, die vorgängige Involvierung in das politische Geschehen und die regelmäßige Wahrnehmung politischer Informationen in Presse und Fernsehen.

### 3 Empirische Analysen

#### 3.1 Hypothesen

In einem kognitiv hoch mobilisierten Elektorat bedürfe es immer weniger einer Parteibindung – so die zentrale Folgerung aus der Diskussion um kognitive Mobilisierung. Kognitive Mobilisierung befähige die Wahlberechtigten dazu, ihr politisches Urteil und ihre Wahlentscheidung zu entwickeln, ohne dabei auf zusätzliche Orientierungshilfen von politischen Parteien angewiesen zu sein (Dalton 1984). Wir wollen diese Hypothese im Folgenden als *Substitutionshypothese* bezeichnen und drei Varianten der Hypothese formulieren und empirisch prüfen:

Je stärker die kognitive Mobilisierung eines Individuums ausgeprägt ist, (a) desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass eine Parteineigung besteht, (b) desto schwächer ist die Parteineigung, falls sie besteht, (c) desto wichtiger ist eine situative, allgemein: eine nicht-affektive, gegenüber einer affektiven Bedeutung, falls eine Parteineigung besteht.

Gilt die Substitutionshypothese, so müssten sich zwischen dem Grad kognitiver Mobilisierung einerseits und der Wahrscheinlichkeit einer Parteineigung, deren Stärke und der Ausprägung einer affektiven Parteineigung andererseits *negative Beziehungen* in der empirischen Analyse zeigen.

Eine zur Substitutionshypothese konkurrierende Sichtweise finden wir bereits in der People's-Choice-Studie bei Lazarsfeld et al. (1968 [1944]) angelegt: Politische Involvierung führe dazu, dass mehr politische Informationen gesucht werden und diese auch aufgrund der größeren Erfahrung im Umgang damit besser ausgewertet werden können. Damit befördert Involvierung die politische Mobilisierung. Involvierung mag also Wahlberechtigte erst in die Lage versetzen, sich klar für eine politische Alternative entscheiden zu können. Es liegt in der Logik dieses Arguments, dass Involvierung, und allgemein kognitive Mobilisierung, dann auch eine Voraussetzung dafür sein kann, eine Parteibindung zu entwickeln:

"It is by no means clear what causal interpretation should be given the association of strength of party identification and degree of political involvement. For the moment we may suppose that a person's location on either of these fundamental dimensions will influence his location on the other. *The individual who has a strong and continuing involvement in politics is more likely to develop a commitment to one or the other of the major parties.* And the individual who has such a commitment is likely to have his interest and concern with politics sustained at a higher level" (Campbell et al. 1960: 144-145; Hervorh. abg.).

Politisch stark involvierte Bürger werden an die Qualität ihres politischen Urteils und ihrer Wahlentscheidung strengere Maßstäbe anlegen als solche Bürger, für die Politik eine eher randständige Bedeutung hat (Shively 1979). Es ist durchaus vorstellbar, dass gerade politisch involvierten Wahlberechtigten das politische Geschehen in seiner Komplexität bewusst ist. Mehr Informationen bedeuten oft auch mehr Abwägungsbedarf und möglicherweise mehr Aufmerksamkeit für Widersprüche und Zielkonflikte in den politischen Angeboten. Mit steigender kognitiver

Mobilisierung könnte es also erforderlich werden, die wahrgenommene Komplexität zu mindern oder beherrschbar zu halten. Die Bindung an eine Partei könnte eine plausible Möglichkeit darstellen, dies zu erreichen. Wir wollen diese zur Substitutionshypothese konkurrierende Sicht *Involvierungshypothese* nennen. Gilt die Involvierungshypothese, dann sollten die Beziehungen zwischen kognitiver Mobilisierung und den drei von uns unterschiedenen Facetten einer Parteibindung *positiv* ausfallen. Je stärker die kognitive Mobilisierung einer Person ist, desto wahrscheinlicher würde eine Parteineigung, desto größer ihre Intensität und affektive Bedeutung (vgl. Abschnitte 3.3 und 3.4).

Beide Hypothesen müssen nicht notwendigerweise miteinander konkurrieren. Denkbar wäre auch, dass auf einem Abschnitt des Kontinuums kognitiver Mobilisierung eine der beiden Hypothesen zutrifft, auf einem zweiten Abschnitt die andere. So mag Politik bei Personen mit geringer Bildung, fehlendem Interesse an Politik und nur mäßiger Rezeption von politischen Informationen eine derart marginale Bedeutung besitzen, dass eine Parteineigung gar nicht erst aufgebaut werden kann und/oder auch keine Notwendigkeit dafür besteht. Wenn Politik keine Rolle im Leben spielt, werden auch keine besonderen Ansprüche an die Qualität einer Wahlentscheidung gestellt. Daher besteht auch wenig Bedarf, eine komplexe Entscheidungssituation zu vereinfachen (Shively 1979). Liegt die kognitive Mobilisierung etwas höher, könnten die Voraussetzungen erfüllt sein, damit ein potenzieller Wähler seinen politischen Standort zu bestimmen und eine Parteineigung aufzubauen vermag. Besteht schließlich eine sehr hohe kognitive Mobilisierung, so würde in der Argumentationslinie Daltons (1984) die Notwendigkeit einer Parteineigung nach und nach entfallen. Argumentiert man in dieser Weise konditional je nach Grad der kognitiven Mobilisierung, so könnten die beiden konkurrierenden Hypothesen zusammengenommen zu einer *nichtlinearen* Beziehung zur Parteineigung führen.

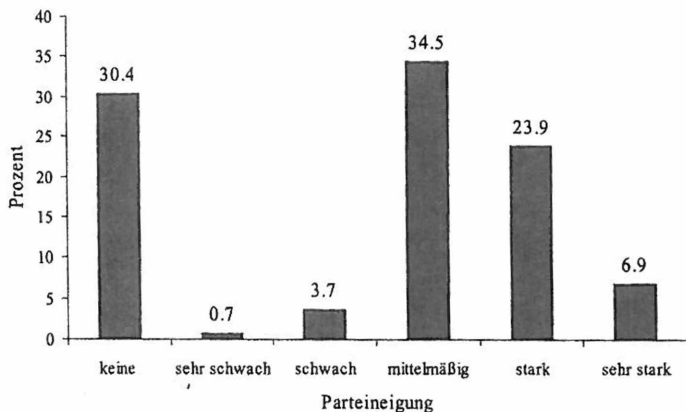
Bisher haben wir bei beiden Hypothesen in der Weise argumentiert, dass jede Facette kognitiver Mobilisierung für sich gesehen mit einer Parteineigung in Verbindung stehen kann. Eine Parteineigung würde etwa dann weniger erforderlich, wenn man aufgrund einer intensiven Medienzuwendung umfassend über das politische Geschehen informiert ist. Möglich wäre indessen auch, dass kognitive Mobilisierung erst dann eine Parteineigung entbehrlich macht, wenn bestimmte *Kombinationen* individueller Ressourcen vorliegen. So könnte eine hohe Bildung erst dann einen Wähler in die Lage versetzen, auf eine Parteibindung zu verzichten, wenn *gleichzeitig* das politische Interesse hoch und der Medienkonsum im Hinblick auf politische Informationen intensiv ist. Schmitt-Beck und Schrott (1994: 544-545) deuten an, dass ein Sinken des Nutzwertes der Parteineigung möglicherweise an eine Reihe von Kriterien geknüpft sein könnte, die gleichzeitig erfüllt sein müssen: "Das erhöhte Angebot an durch die Massenmedien vermittelter politischer Information hat zumindest dem kognitiv hoch mobilisierten Teil der Wählerschaft ermöglicht, auf die innere Richtschnur fester Identifikationen mit bestimmten Parteien zu verzichten". Dabei verwenden Schmitt-Beck und Schrott die Bildung und das

politische Interesse als Indikatoren kognitiver Mobilisierung. Ob sich individuelle Ressourcen in dieser Weise kumulativ auf die Bindung an politische Parteien auswirken, wollen wir in einem letzten Analyseschritt in Abschnitt 3.5 untersuchen.

### 3.2 Operationalisierungen und Verteilungen

Das zu erklärende Merkmal in der empirischen Analyse ist zuerst die Existenz einer Parteineigung und deren Stärke, falls eine solche überhaupt vorliegt. In Abbildung 4 ist die Verteilung zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2002 wiedergegeben (vgl. Fußnote 3). Knapp ein Drittel der Wahlberechtigten hat keine Parteineigung. Wenn eine Parteineigung besteht, ist sie bei etwas mehr als 4 Prozent aller Befragten nur schwach ausgeprägt. Immerhin rund 31 Prozent aller Wahlberechtigten fühlen sich zumindest "stark" an eine Partei gebunden. Mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten gibt an, eine Parteineigung zu haben, deren Stärke "mittelmäßig" ist. Damit handelt es sich um die größte Teilgruppe aller Wahlberechtigten. Würden wir den oben erwähnten Regeln von Schmitt-Beck und Schrott (1994) folgen, so käme diese Gruppe – zusammen mit den rund 30 Prozent der Personen ohne Parteineigung und den gut 4 Prozent der Wahlberechtigten mit höchstens schwacher Parteibindung – potenziell in Frage, zu den "neuen Unabhängigen" gezählt zu werden.

Abbildung 4: Existenz einer Parteineigung und ihre Stärke (September 2002)



Anmerkung: N = 1 571.

Falls nun eine Person sich an eine Partei gebunden sieht, welche Bedeutung kommt dieser Bindung dann zu? Welche Funktion erfüllt sie für den Wähler? Was sind die wesentlichen Motive dafür, eine Bindung einzugehen? Was ist der Inhalt der Par-

teibindung (vgl. Gluchowski 1983: 465-472)? Es geht dabei darum, "... die für die Natur der Parteiidentifikation zentralen Elemente den alternativ möglichen Inhalten der Parteipräferenz gegenüber zu stellen" (Gluchowski 1983: 467). Aus den insgesamt zehn von Gluchowski formulierten Aussagen wurden für die von uns verwendete Vorwahlstudie vier ausgewählt. In Tabelle 2 sind Wortlaut, Mittelwert und Standardabweichung für die vier abgefragten Begründungen einer Parteibindung dargestellt. Dabei wurden die Personen mit Parteineigung gebeten anzugeben, wie stark eine spezifische Begründung auf sie selbst zutrifft.

Die erste Aussage soll die *affektive* Komponente der Parteineigung erfassen, "... die durch eine positive psychische Beziehung eines Individuums zu seiner Partei gekennzeichnet ist" (Gluchowski 1983: 467). Eine *situative* Parteipräferenz liegt dann vor, wenn ein Wähler bei jeder Wahl von Neuem politische Alternativen abwägt, etwa politische Sachfragen oder die Eignung der führenden Politiker. Die Aussagen (2) und (3) stellen direkt auf diese Art der Begründung ab, indem sie Sachalternativen und personelle Alternativen nennen (Gluchowski 1983: 468). Eine *habituelle* Parteipräferenz soll schließlich durch die vierte Aussage gemessen werden. In dieser habituellen Präferenz soll zum Ausdruck kommen, dass "... die Entscheidung weder das Ergebnis einer positiv-affektiven Beziehung zu dieser Partei noch das Ergebnis von wiederholten rationalen Überlegungen ist, die zur Entscheidung für dieselbe Partei führen" (Gluchowski 1983: 469). Die Mittelwerte und Standardabweichungen vermitteln einen ersten Eindruck von der Bedeutung, die die einzelnen Begründungen einer Parteineigung für die Befragten besitzen.

*Tabelle 2: Mittelwerte und Standardabweichungen (SD) von Aussagen zur Begründung der Parteineigung (0: stimme überhaupt nicht zu; 4: stimme voll und ganz zu) (September 2002)*

	$\bar{X}$	SD	N
(1) "Mir bedeutet diese Partei sehr viel. Es ist mir nicht gleichgültig, was mit ihr passiert."	2.8	1.0	1 077
(2) "Die Partei an sich bedeutet mir weniger, aber sie macht zur Zeit die bessere Politik."	2.0	1.1	1 026
(3) "Die Partei an sich bedeutet mir weniger, aber sie hat zur Zeit die besseren Politiker."	2.1	1.1	1 047
(4) "Ich fühle mich dieser Partei nicht besonders verbunden, allerdings habe ich sie in der Vergangenheit oft gewählt."	1.5	1.2	1 027

Aussage (1) zielt direkt auf die emotionale Beziehung zu einer Partei ab und erfasst somit den Kern des sozialpsychologischen Konzepts der Identifikation. Eine so verstandene Identifikation berührt immer auch die Identitätsvorstellung einer Person.<sup>4</sup> Diese Begründung erweist sich für die Befragten mit großem Abstand als die

4 "In characterizing the relation of individual to party as a psychological identification we invoke a concept that has played an important if somewhat varied role in psychological theories of the relation of individual to individual or of individual to group. We use the concept here to characterize the individual's *affective orientation to an important group-*



wichtigste und die Zustimmung streut weniger als bei den anderen Aussagen. Eine merklich geringere Bedeutung messen die Wahlberechtigten den beiden Begründungen bei, die die situative Komponente einer Parteineigung erfassen sollen. Die geringste Bedeutung hat schließlich der habituelle Aspekt der Parteineigung.<sup>5</sup>

Die affektive, situative und habituelle Komponente der Parteineigung können konzeptuell so verstanden werden, dass die affektive Bedeutung den beiden anderen gegenübersteht. Wer eine affektive Parteineigung ausgebildet hat, wird nicht jedes Mal von neuem beginnen, in der konkreten Situation abzuwägen, ob die eigene Partei (noch) die beste Politik macht bzw. die besten Politiker hat. Auch mag ein Wähler mit einer affektiv geprägten Parteineigung seine Partei in der Vergangenheit oft gewählt haben, dies aber gerade als ein Ausdruck seiner affektiven Bindung und nicht als rein habituelles Handeln. Diese Konzeptualisierung der drei Bedeutungsvarianten einer Parteineigung kommt auch in den Formulierungen der Aussagen zum Ausdruck (vgl. Tabelle 2). Wenn die erste, die affektive Parteineigung erfassende Begründung die eigene Parteineigung in hohem Maße charakterisiert, so kann dies im Grunde nicht auf die drei anderen zutreffen. Insofern sollte empirisch gelten, dass die erste Aussage negative Beziehungen zur zweiten, dritten und vierten Aussage aufweist. Tabelle 3 dokumentiert die bivariaten Korrelationen zwischen den Begründungen. Dabei zeigt sich empirisch tatsächlich die erwartete Zweiteilung der Bedeutungskomponenten. Die affektive Komponente weist beachtliche negative Beziehungen zu den drei alternativen Begründungen auf.

Tabelle 3: Bivariate Korrelationen zwischen den "Bedeutungen" einer Parteineigung (September 2002)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
(1) Bedeutung	1.00	-	-	-	-	-
(2) Politik	-0.30 <sup>a</sup>	1.00	-	-	-	-
(3) Politiker	-0.23 <sup>a</sup>	0.57 <sup>a</sup>	1.00	-	-	-
(4) Oft gewählt	-0.24 <sup>a</sup>	0.43 <sup>a</sup>	0.30 <sup>a</sup>	1.00	-	-
(5) Stärke der Neigung	0.46 <sup>a</sup>	-0.22 <sup>a</sup>	-0.13 <sup>a</sup>	-0.28 <sup>a</sup>	1.00	-
(6) Dauer der Neigung	0.34 <sup>a</sup>	-0.24 <sup>a</sup>	-0.15 <sup>a</sup>	0.02	0.28 <sup>a</sup>	1.00

Anmerkung:  $N_{\max}$ : 1074;  $N_{\min}$ : 999; a = signifikant auf dem 1-Prozent-Niveau.

*object in his environment.* Both reference group theory and small-group studies of influence have converged upon the attracting or repelling quality of the group as the generalized dimension most critical in defining the individual-group relationship, and it is this dimension that we will call identification" (Campbell et al. 1960: 121; Hervorh. abg.). Das Konzept der Identifikation ist vor allem durch seine Langfristigkeit und durch den engen Bezug zur Identitätsvorstellung charakterisiert: "... two elements which have been absolutely central to the whole notion of party identification: an extended time horizon and some engagement of partisan feelings with self-identity" (Converse und Pierce 1987: 144).

- 5 Obwohl wir im Vergleich zu der ursprünglichen Analyse Gluchowskis (1983) nur einen Teil der Begründungen einer Parteineigung für unsere Analyse verwenden konnten, stellt sich exakt das gleiche Muster ein.

Zusätzlich zu den vier Begründungen einer Parteineigung haben wir in Tabelle 3 noch zwei weitere Charakteristika aufgenommen, nämlich die Stärke und die Dauer. Beide Eigenschaften erweisen sich dabei auch als indirekte Maße für die affektive Bedeutung einer Parteineigung: Wer angibt, eine "starke" Parteineigung zu haben, dem bedeutet diese Partei sehr wahrscheinlich auch viel. In etwas abgeschwächter Form gilt dies ebenfalls für die Dauer. Umgekehrt finden die Begründungen zu einer situativen Parteineigung weniger Zustimmung, je stärker die Bindung ist und je länger sie bereits Bestand hat.

### 3.3 *Determinanten der Parteineigung und ihrer Stärke*

Wovon hängt es nun ab, ob ein Bürger sich (noch) an eine politische Partei gebunden sieht? Welches sind die Bestimmungsgründe für die Intensität dieser Bindung? Was entscheidet darüber, welchen Inhalt die Parteineigung hat? Indem wir diese Fragen anhand der Vorwahlstudie zur Bundestagswahl 2002 untersuchen, prüfen wir auch gleichzeitig, ob sich empirische Belege eher für die Substitutionshypothese oder für die Involvierungshypothese finden lassen.

Zunächst werden für die Parteineigung (Existenz und Stärke) sowie für deren Stärke bei den parteigebundenen Befragten multiple Regressionsmodelle geschätzt. Die erklärenden Merkmale zerfallen dabei in drei Gruppen. In der ersten Gruppe finden sich die drei Indikatoren kognitiver Mobilisierung. Sie erfassen die "Ressourcenausstattung" einer Person und sind zentral für den empirischen Test der Substitutions- und der Involvierungshypothese. Die formale *Bildung* dient als Indikator für die grundlegenden kognitiven Kapazitäten eines Individuums. Das *politische Interesse* zeigt an, in welchem Maße der Befragte in politische Fragen involviert ist. Schließlich wird berücksichtigt, mit welcher Intensität die Massenmedien genutzt werden, um sich über das politische Geschehen zu informieren. Durch die differenzierte Erfassung der *Medienzuwendung* ist es darüber hinaus möglich, auch qualitativ zu unterscheiden, wie sich die Bürger Informationen über Politik verschaffen. Alle drei Indikatoren stellen Teilaspekte der kognitiven Mobilisierung dar. Die kognitive Mobilisierung ist demnach umso höher, je gebildeter eine Person, je größer ihr Politikinteresse und je intensiver die Rezeption von politischen Informationen in Presse und Fernsehen ist.

In einem zweiten Block beziehen wir solche Merkmale ein, die einen Bezug zu den zentralen Konfliktlinien (*cleavages*) der deutschen Gesellschaft besitzen. Für die Bedeutungsabnahme längerfristiger Parteibindungen und/oder ihren Bedeutungswandel dürfte der wirtschaftliche Strukturwandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft, die Auflösung sozialer Milieus und der damit einhergehende Bedeutungsverlust von Großgruppen wie den Gewerkschaften und den Kirchen eine maßgebliche Rolle gespielt haben (vgl. z.B. Dalton, Beck und Flanagan 1984; Güllner et al. 2004). Merkmale der Klassenlage und der Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen und Organisationen haben in diesem Prozess zwar an Erklärungskraft für das politische Urteil und politische Bindungen eingebüßt (Dalton und Wattenberg 1993; Schnell und Kohler 1995). Dennoch erwarten wir, dass differenzierte Mes-

sungen der Klassenlage (Müller 1986, 1998), die konfessionelle Zugehörigkeit und Kirchlichkeit sowie die Mitgliedschaft in sozialen Organisationen nach wie vor einen Beitrag zum Verständnis von Parteibindungen zu leisten vermögen.

Zur dritten Variablengruppe gehören solche Indikatoren, die nicht unmittelbar den zentralen gesellschaftlichen *cleavages* zuzuordnen sind und die auch keine Ressourcen im Sinne kognitiver Mobilisierung darstellen, für die sich aber jeweils spezifische Erwartungen formulieren lassen. So mag die Tatsache einer *festen Partnerschaft* ein Moment sozialer Integration indizieren und insoweit auch in einer empirischen Beziehung zur Parteibindung stehen. Das Merkmal *Alter* kann in einer querschnittlichen Betrachtung immer sowohl für generationelle Unterschiede als auch für lebenszyklische Effekte stehen. Im Hinblick auf die Existenz einer Parteineigung, ihre Stärke und ihre Bedeutung sehen wir das Lebensalter als Indikator für die Wahlerfahrung einer Person. Mit höherem Alter steigen die Häufigkeit der Wahlteilnahme und damit auch die Wahrscheinlichkeit, dass eine einmal getroffene Entscheidung für eine Partei mehrmals bekräftigt wurde (Converse 1969; Gluchowski 1983). Eine Dummy-Variable trägt der deutlich stärkeren Verbreitung von Parteineigungen in den *alten* gegenüber den neuen *Bundesländern* Rechnung. Der Einbeziehung des Merkmals *Geschlecht* liegt die Überlegung zugrunde, dass Männer im Allgemeinen etwas stärker in das politische Geschehen involviert und deshalb vermutlich etwas häufiger an eine politische Partei gebunden sind als Frauen. Zuletzt haben wir die *Gemeindegröße* als Kontrollvariable berücksichtigt, wobei die Großstädte die Referenzkategorie bilden.

In Tabelle 4 sind zwei Regressionsmodelle dargestellt. Mit dem ersten Modell versuchen wir, die Existenz und Stärke der Parteineigung (vgl. auch Abbildung 4) zu erklären, während im zweiten Modell allein die Stärke der Parteineigung die abhängige Variable ist. Personen ohne Parteineigung zählen in diesem zweiten Modell nicht zu den Untersuchungseinheiten.<sup>6</sup> Unter den Indikatoren der kognitiven Mobilisierung finden wir keine signifikanten Bildungseffekte. Dies bedeutet freilich nicht, dass Bildung als ein Maß kognitiver Kapazität keine Rolle bei der Ausbildung einer Parteineigung spielte. Mit höherer Bildung geht im Allgemeinen ein stärkeres Interesse am politischen Geschehen einher,<sup>7</sup> sodass Bildung, vermittelt über das politische Interesse, indirekt die Ausbildung und die Stärke einer Parteibindung befördert. Bildung hat also nach unseren Analysen keine direkten Effekte auf die Merkmale der Parteibindung, dafür aber einen indirekten Einfluss. Der deutlich stärkste Effekt auf die Existenz und Stärke der Parteineigung sowie auf die Stärke in der Gruppe der Parteigegebenen geht vom politischen Interesse

6 Für die in Tabelle 4 dargestellten Analysen wurden die unabhängigen Variablen nach der Methode der *forward selection* in die Regressionsgleichungen einbezogen. Bei der Interpretation beschränken wir uns auf die Befunde, die einen unmittelbaren Bezug zu unseren beiden Kernhypothesen besitzen. Die erklärenden Merkmale des zweiten und des dritten Blocks stellen wichtige Kontrollvariablen für die Indikatoren kognitiver Mobilisierung dar.

7 Die bivariate Pearson-Korrelation zwischen dem politischen Interesse und einer vierstufigen Bildungsvariable beträgt 0.28.

Tabelle 4: Determinanten der Parteineigung und ihrer Stärke (September 2002)

	Parteineigung	Stärke der Parteineigung
<i>Bildung:</i> Realschule	n.s.	n.s.
Abitur	n.s.	n.s.
Hochschulabschluss	n.s.	n.s.
<i>Politisches Interesse</i>	0.24 <sup>b</sup>	0.26 <sup>b</sup>
<i>Medienkonsum:</i> Bildzeitung	n.s.	0.07 <sup>a</sup>
Regionale Tageszeitung	n.s.	n.s.
Überregionale Tageszeitung	0.12 <sup>b</sup>	n.s.
TV-Nachrichten (öff.-rechtlich)	n.s.	n.s.
TV-Nachrichten (privat)	n.s.	0.07 <sup>a</sup>
<i>Konfession/Kirchlichkeit:</i> Evangelisch	n.s.	-0.08 <sup>a</sup>
Katholisch	n.s.	n.s.
Kirchgangshäufigkeit	0.09 <sup>b</sup>	0.11 <sup>b</sup>
<i>Klassenlage:</i> Obere Dienstklasse	0.11 <sup>b</sup>	n.s.
Untere Dienstklasse	0.08 <sup>b</sup>	n.s.
Ausführende Nicht-Manuelle	n.s.	n.s.
Kleinbürgertum	0.06 <sup>a</sup>	0.08 <sup>a</sup>
Arbeiterelite	n.s.	n.s.
Un- oder angeleitete Arbeiter	n.s.	n.s.
<i>Mitgliedschaft in:</i> Bürgerinitiative	n.s.	0.09 <sup>b</sup>
Berufsverband	n.s.	n.s.
Gewerkschaft	0.08 <sup>b</sup>	n.s.
<i>Fester Partner</i>	n.s.	n.s.
<i>Alter</i>	0.06 <sup>a</sup>	0.09 <sup>b</sup>
<i>Geschlecht männlich</i>	n.s.	-0.08 <sup>a</sup>
<i>Gemeindegröße:</i> Unter 5 000 Einwohner	n.s.	-0.09 <sup>b</sup>
5 000-100 000 Einwohner	n.s.	n.s.
<i>Alte Bundesländer</i>	0.10 <sup>b</sup>	n.s.
R <sup>2</sup>	0.181	0.139
N	1 308	912

Anmerkungen: Eintragungen sind die standardisierten Regressionskoeffizienten; a = signifikant auf dem 5-Prozent-Niveau; b = signifikant auf dem 1-Prozent-Niveau. Erläuterungen der Variablen: *Abhängige Variablen:* Parteineigung: 0 (keine Parteineigung), 1 (sehr schwach) bis 5 (sehr stark); *Stärke der Parteineigung:* 1 (sehr schwach) bis 5 (sehr stark). *Unabhängige Variablen:* *Bildung:* Referenzkategorie sind Befragte mit Hauptschulabschluss oder keinem Schulabschluss; *politisches Interesse:* 0 (überhaupt nicht) bis 4 (sehr stark); *Medienkonsum:* für jedes Medium Nutzung in Tagen pro Woche (0-7 Tage); *Konfession:* Konfessionslose und andere Konfessionen als Referenzkategorie, jeweils 0-1-Kodierung; *Kirchgangshäufigkeit:* 0 (nie) bis 6 (mehrmals in der Woche); *Klassenlage:* Obere Dienstklasse (mittlere Selbständige, leitende Angestellte, höherer Dienst, freie Berufe, freischaffende Künstler), untere Dienstklasse (qualifizierte Angestellte, gehobener Dienst), ausführende Nicht-Manuelle (einfache Angestellte, mittlere Angestellte, einfacher Dienst, mittlerer Dienst), Kleinbürgertum (kleinere Selbständige, selbständige Landwirte), Arbeiterelite (hoch qualifizierte Facharbeiter, Facharbeiter), un- oder angeleitete Arbeiter; Referenzkategorie sind diejenigen Befragten, die nie einer Erwerbstätigkeit nachgegangen sind oder sich noch in Ausbildung befinden, jeweils 0-1-Kodierung; *Mitgliedschaft in Bürgerinitiative, Berufsverband, Gewerkschaft:* jeweils 0 (kein Mitglied), 1 Mitglied; *fester Partner:* 0 (nicht mit Partner zusammenlebend), 1 (mit Partner zusammenlebend); *Alter:* Alter in Jahren; *Geschlecht:* 0 weiblich, 1 männlich; *Gemeindegröße:* Referenzkategorie sind Befragte in Orten mit 100 000 Einwohnern und mehr, jeweils 0-1-Kodierung; *alte Bundesländer:* 0 (neue Bundesländer), 1 (alte Bundesländer).

aus ( $\beta = 0.24$  bzw.  $0.26$ ). Je größer das Politikinteresse ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass eine Parteineigung besteht, und desto stärker fällt diese Bindung aus. Beide Effekte, der über das Politikinteresse vermittelte Effekt höherer Bildung und vor allem der direkte Einfluss des politischen Interesses, sind positiv und stützen somit die Involvierungshypothese. In dieselbe Richtung weisen die positiven Effekte der Mediennutzung. So stellt die Lektüre einer überregionalen Tageszeitung zur politischen Information eine positive Beziehung zu Existenz und Stärke der Parteineigung her, ebenso wie das Lesen der Bild-Zeitung und das häufige Sehen der Nachrichten in den privaten TV-Sendern für die Stärke der Parteineigung.

Bei der Formulierung unserer beiden zentralen Hypothesen in Abschnitt 3.1 haben wir ausdrücklich auch die Möglichkeit nichtlinearer Effekte der Indikatoren kognitiver Mobilisierung erwogen, die dann auftraten, wenn die Substitutions- und die Involvierungshypothesen bei jeweils unterschiedlichen Graden kognitiver Mobilisierung gelten würden. Wir haben diese Möglichkeit auf unterschiedliche Weise getestet. Zum einen haben wir für das politische Interesse und die Nutzungshäufigkeiten der Massenmedien quadratische Beziehungen getestet. Zum anderen haben wir Bildung von vornherein durch Dummy-Variablen für die einzelnen Bildungsniveaus modelliert, sodass sich Nichtlinearitäten im empirischen Effektmuster hätten niederschlagen können. Ebenso haben wir in alternativen Modellen das politische Interesse mittels Dummy-Variablen operationalisiert. In keinem Fall zeigten sich Anzeichen von Nichtlinearitäten. Vielmehr erwiesen sich die linearen Beziehungen von Tabelle 4 als gute Annäherung.

### 3.4 *Simultane Analyse der Bedeutungen einer Parteineigung*

Wenn sich kognitive Mobilisierung im Lichte unserer bisherigen Analyse nicht so auswirkt, dass eine Parteibindung seltener oder schwächer wird, so kann man die Substitutionshypothese dahingehend abwandeln, dass bei kognitiv hoch mobilisierten Bürgern die Bindung an Parteien etwas anderes bedeutet als bei Bürgern, die mit den notwendigen Ressourcen weniger reichlich ausgestattet sind. Ein solcher nicht-affektiver Charakter einer Parteibindung könnte dann etwa so zu deuten sein, dass die kognitiv mobilisierten Bürger sich aus souveräner Entscheidung in die "Obhut" einer Partei begeben. Lassen sich subjektiv gute Gründe angeben, dass eine Partei die persönlichen politischen Präferenzen angemessen vertritt, würde diese Partei – wenn auch auf Widerruf – als positiver Fixpunkt im politischen Geschehen akzeptiert.

Für die hier verfügbaren Einzelindikatoren zu den Begründungsmustern einer Parteineigung sind dabei allerdings recht hohe Anteile von Messfehlern zu erwarten. Anders als bei der Parteineigung selbst wird es sich bei den Begründungen um eher selten aktivierte und erst recht selten reflektierte und daher schwach auskristallisierte Einstellungen handeln, die für unsystematisches Antwortverhalten besonders anfällig sind. Dieses Problem wollen wir auf die übliche Weise mildern, indem wir jeweils mehrere Indikatoren zu einer affektiven und zu einer nicht-aff-

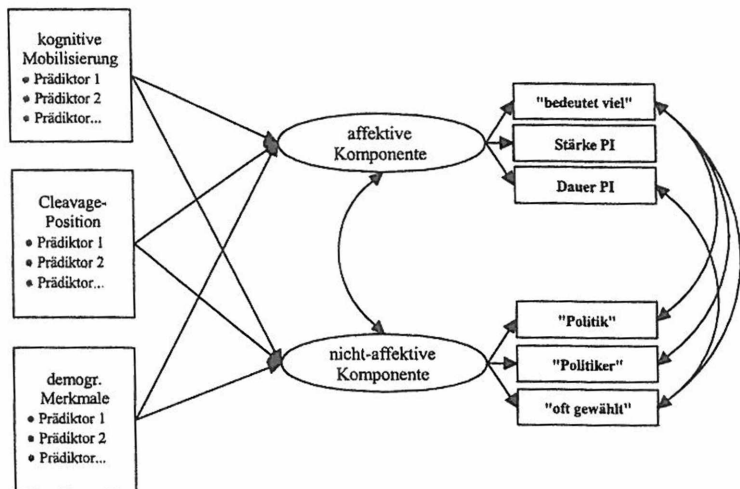
fektiven Bedeutungskomponente zusammenfassen und gemeinsam mit ihren jeweiligen Determinanten in einem Strukturgleichungsmodell analysieren. Die affektive Komponente erfassen wir durch drei Indikatoren: die direkte Begründung, die Partei bedeute dem Betreffenden sehr viel; die Stärke der Neigung und ihre Dauer. Für den nicht-affektiven Bedeutungsgehalt fassen wir die beiden situativen Begründungen mit der habituellen Begründung zusammen. Obwohl hier sicherlich nicht von einem lehrbuchmäßigen Messmodell die Rede sein kann, ist diese Gruppierung inhaltlich die einzig sinnvolle und wird zudem bereits durch das Muster der bivariaten Korrelationen zwischen den aufgeführten Indikatoren in Tabelle 3 unterstützt.

Ein ebenso wichtiges Motiv für die etwas aufwändigere Modellierung in einem Mehrgleichungsmodell liegt darin, die Beziehung zwischen den beiden Bedeutungskomponenten selbst zum Gegenstand der Analyse zu machen. Zunächst mag man vermuten, dass die nicht-affektive Auslegung einer Parteineigung mit der Orientierung vor allem an situativen Aspekten einfach das Spiegelbild der affektiven Deutung sein müsste: Wer eine gefühlsmäßige Bindung an eine Partei hat, wird diese kaum nüchtern gemäß der kurzfristigen politischen Sachlage beurteilen und umgekehrt. Jedoch schließen sich zugleich affektiv *und* situativ motivierte Neigungen zu einer Partei zumindest logisch keineswegs aus. Beispielsweise kann, in Anlehnung an die Involvierungsthese argumentiert, die affektive Bindung an eine Partei das Interesse für ihre etwaigen situativen Vorzüge verstärken. Ebenso gut könnten in Anlehnung an Converse (1969) einmal erkannte situative Vorzüge über den habituellen Aspekt zum ersten Schritt in die Richtung einer affektiven Bindung geraten.

Dabei gilt es allerdings, das besondere Verhältnis zu berücksichtigen, welches die vier Bedeutungsindikatoren zueinander aufweisen. Die Itembatterie nimmt die erste Aussage mit der affektiven Interpretation "Mir bedeutet diese Partei sehr viel" als Ausgangspunkt. Davon werden die situativen Begründungen bzw. die habituelle Deutung ausdrücklich abgegrenzt, indem sie mit den Aussagen "Die Partei an sich bedeutet mir weniger" bzw. "Ich fühle mich dieser Partei nicht besonders verbunden" eingeleitet werden. Dadurch könnte eine denkbare Tendenz starker Parteianhänger gedämpft werden, allein aus Gründen kognitiver Konsistenz allen Aussagen gleichermaßen zuzustimmen, auch wenn für sie die affektive Bindung höchste Priorität hätte. Dieses Vorgehen birgt jedoch durchaus das Risiko einer Überkorrektur bei Befragten ohne derartige Antwort-Sets und mit relativ schwachen Einstellungen. Sollten sich diese stärker am "oberflächlichen" Wortlaut der Aussagen orientieren, ist zu befürchten, dass eine negative Korrelation zwischen der affektiven Begründung und den übrigen Deutungen qua Formulierung erzwungen wird; es könnten also nicht zufällige Messfehler eingeführt werden. Um diesen Effekt zu kontrollieren, lassen wir im Strukturgleichungsmodell Fehlerkorrelationen zwischen der ersten Bedeutung und den übrigen Begründungen zu. Damit vermeiden wir, dass eine nur methodisch begründete negative Korrelation die Beziehung zwischen den beiden latenten Variablen, also der affektiven und der nicht-

affektiven Bedeutungskomponente, verzerrt. Eine weitere Fehlerkorrelation wird zwischen den Indikatoren "Dauer der Parteineigung" und "oft gewählt" zugelassen, da diese auf der Verhaltensebene logisch verknüpft sind und ein Durchschlagen dieser Verbindung auf die Beziehung zwischen den latenten Variablen unerwünscht wäre.

Abbildung 5: Bedeutungsgehalte der Parteineigung (PI) und Bestimmungsgründe



Diese Überlegungen werden in Abbildung 5 zu einem Kausaldiagramm zusammengefasst. Es bildet die Grundlage für ein Strukturgleichungsmodell, in dessen Rahmen wir die affektive und die nicht-affektive Bedeutungskomponente simultan erklären. Zugleich wird unter Berücksichtigung der beschriebenen Fehlerkorrelationen die Beziehung zwischen den beiden Komponenten geschätzt.

Die Ergebnisse des Strukturgleichungsmodells sind in Tabelle 5 dokumentiert. Im ersten Teil der Tabelle sind zunächst die Faktorladungen für die affektive und die nicht-affektive Bedeutungskomponente der Parteineigung ausgewiesen. Der zweite Teil enthält die standardisierten Effekte der erklärenden Merkmale auf die beiden Bedeutungskomponenten. Im dritten Teil berichten wir deskriptiv die Datenanpassung des Modells, und im vierten Teil führen wir schließlich die zugelassenen Fehlerkorrelationen auf.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Trennung von affektiven und nicht-affektiven Bedeutungen der Parteineigung selbst in unserem behelfsmäßigen Messmodell gut

gelingt, denn die Struktur der Indikatorenladungen ist sehr klar.<sup>8</sup> Die beiden Bedeutungskomponenten sind – auch bei Kontrolle einer möglichen Verzerrung durch die Konstruktion der Indikatoren – deutlich negativ miteinander korreliert. Jedoch liegt bei weitem kein perfekter Zusammenhang vor, sodass man bereits hier vermuten kann, dass die nicht-affektive Komponente keineswegs nur als Negativ einer affektiven Parteineigung zu sehen ist.

*Tabelle 5: Determinanten der affektiven und der nicht-affektiven Bedeutung von Parteineigung (September 2002)*

	Affektiv	Nicht-affektiv
<i>Indikatoren</i>		
Partei bedeutet mir sehr viel	0.65 <sup>x</sup>	-
Stärke Parteineigung	0.65 <sup>b</sup>	-
Dauer Parteineigung	0.54 <sup>b</sup>	-
Partei macht bessere Politik	-	0.86 <sup>x</sup>
Partei hat bessere Politiker	-	0.63 <sup>b</sup>
Partei oft gewählt	-	0.52 <sup>b</sup>
Korrelation zwischen Bedeutungen	-0.37 <sup>b</sup>	
<i>Prädiktoren</i>		
<i>Bildung:</i>		
Realschule	-0.04	-0.01
Abitur	-0.02	-0.09
Hochschulabschluss	-0.11 <sup>a</sup>	0.02
<i>Politisches Interesse</i>	0.25 <sup>b</sup>	-0.21 <sup>b</sup>
<i>Medienkonsum:</i>		
Bildzeitung	0.04	-0.06
Regionale Tageszeitung	0.07	0.08
Überregionale Tageszeitung	0.03	0.01
TV-Nachrichten (öffentlich-rechtlich)	-0.02	0.00
TV-Nachrichten (privat)	0.02	0.06
<i>Konfession/Kirchlichkeit:</i>		
Evangelisch	-0.06	-0.06
Katholisch	-0.01	-0.04
Kirchgangshäufigkeit	0.11 <sup>a</sup>	0.09
<i>Klassenlage:</i>		
Obere Dienstklasse	0.07	-0.09
Untere Dienstklasse	0.16 <sup>a</sup>	-0.14
Ausführende Nicht-Manuelle	0.09	-0.12
Kleinbürgertum	0.12 <sup>a</sup>	-0.11 <sup>a</sup>
Arbeiterelite	0.03	-0.12
Un- oder angelernte Arbeiter	0.02	-0.12 <sup>a</sup>

*Fortsetzung (Tab. 5)*

8 Zwar würde die Modellanpassung marginal besser, wenn Ladungen der Indikatoren auf den jeweils anderen Faktor erlaubt würden, jedoch sind diese Ladungen im trivialen Bereich (max. 0.12).



Tabelle 5: (Fortsetzung)

	Affektiv	Nicht-affektiv
<b>Prädiktoren</b>		
<i>Mitgliedschaft in:</i>		
Bürgerinitiative	0.11 <sup>b</sup>	0.02
Berufsverband	0.04	-0.03
Gewerkschaft	0.06	-0.14 <sup>b</sup>
<i>Fester Partner</i>	-0.03	0.00
<i>Alter</i>	0.27 <sup>b</sup>	-0.04
<i>Geschlecht männlich</i>	-0.06	0.09 <sup>a</sup>
<i>Gemeindegröße</i>		
Unter 5 000 Einwohner	0.00	0.03
5 000-100 000 Einwohner	0.06 <sup>a</sup>	0.03
<i>Alte Bundesländer</i>	0.07	-0.04
Root Mean Square Residual (RMR)		0.16
Standardized RMR		0.02
N		825

**Fehlerkorrelationen zwischen Indikatoren**

	Bedeutet viel	Stärke	Dauer	Bessere Politik	Bessere Politiker	Oft gewählt
Partei bedeutet mir sehr viel						
Stärke Parteineigung	-					
Dauer Parteineigung	-	-				
Partei macht bessere Politik	-0.05	-	-			
Partei hat bessere Politiker	-0.09 <sup>b</sup>	-	-	-		
Partei oft gewählt	-0.07 <sup>a</sup>	-	0.17 <sup>b</sup>	-	-	

Anmerkung: x = Effekt fixiert, kein Signifikanztest; a = signifikant auf dem 5-Prozent-Niveau; b = signifikant auf dem 1-Prozent-Niveau.

In welcher Beziehung stehen nun die Merkmale kognitiver Mobilisierung zu den beiden Bedeutungen der Parteineigung? Je stärker eine Person ausweislich ihres politischen Interesses in politische Fragen involviert ist, desto ausgeprägter ist ihre affektive Parteineigung. Auch in der simultanen Analyse der Bedeutungen ergibt sich damit für das Politikinteresse, wie bereits bei der Existenz und der Stärke der Parteineigung, insoweit eine Bestätigung der Involvierungshypothese. Dazu passend weist der Effekt des politischen Interesses auf die nicht-affektive Komponente das entgegengesetzte Vorzeichen auf, sodass eine situative und/oder habituelle Orientierung zu Parteien umso stärker ausgeprägt ist, je geringer das politische Interesse ist.

Inspiziert man die Effekte der Bildung, so findet sich allerdings auch ein Hinweis auf eine zumindest partielle Gültigkeit der Substitutionshypothese. Bei Personen mit Hochschulabschluss hat die Parteineigung, im direkten Vergleich mit Befragten geringer Bildung, eine weniger affektive Ausrichtung. Wenn sich also bei sehr hoch gebildeten Wahlberechtigten der affektive Charakter der Parteibindung abzuschwächen scheint, könnte dies ein Indiz dafür sein, dass *einzelne Facetten* kognitiver Mobilisierung durchaus zu einem Bedeutungswandel der Parteineigung führen mögen.

Jedoch ist dies ein isolierter Effekt. Dass etwa die ohnehin nicht signifikanten Effekte der Mediennutzung so beschaffen sein sollten, dass ausgerechnet die Regionalzeitungen und die privaten TV-Sender die eher instrumentelle Auseinandersetzung mit den politischen Parteien befördern, die überregionalen Zeitungen und die öffentlich-rechtlichen Sender aber nicht, würde man kaum als Beleg von kognitiver Mobilisierung werten wollen. Insgesamt kann man also nicht von einem in sich geschlossenen Wirkungskomplex der kognitiven Mobilisierung auf die Bedeutungskomponenten der Parteibindung sprechen.

Wir wollen daher auch das Effektmuster in seiner Gesamtheit in den Blick nehmen, um weitere Anhaltspunkte für die Interpretation der Komponenten zu gewinnen. Die affektive Komponente wird neben den genannten Mobilisierungsmerkmalen noch vom Lebensalter, den Berufsklassen, der Teilnahme an Bürgerinitiativen, der Kirchgangshäufigkeit und der (mittleren) Größe des Wohnorts beeinflusst. Auch dies dürfte eher die Involvierungshypothese stützen, denn alle diese Merkmale verweisen auf eine insgesamt hohe Integration ins konventionelle gesellschaftliche Leben, im Fall der Bürgerinitiativen auch auf eine Bereitschaft zur aktiven Teilnahme an dessen Gestaltung. Einflussgrößen auf die nicht-affektive Komponente sind hauptsächlich die Berufsklassen und die Gewerkschaftsmitgliedschaft, beide mit negativem Vorzeichen. Substanziell könnte man dies als Gegenbild zur Involvierung deuten: Vor allem jene Befragte, die nicht ins Berufsleben oder in eine Gewerkschaft eingebunden sind, also keinen Bezug zu einer der wesentlichen politischen Konfliktlinien haben, neigen zu einer nicht-affektiven, vor allem situativen Deutung der Parteineigung.

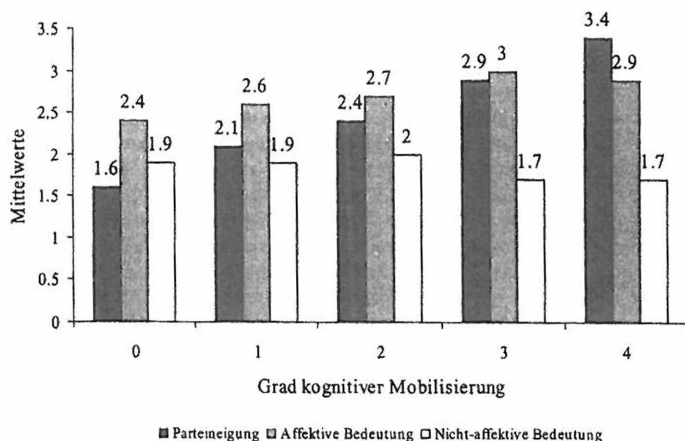
Im Ergebnis könnte die nicht-affektive Komponente also eher auf eine gewisse Distanz zum politischen Geschehen zurückgehen als auf hohe kognitive Mobilisierung. Die hier gemessene situative bzw. habituelle Parteineigung wäre demnach weniger eine kognitive Abkürzung, derer sich souveräne Bürger nach Bedarf und aus rationaler Ignoranz bedienen. Plausibler wäre vielleicht, dass bei einer so verstandenen Parteineigung die Parteien eher als notwendiges Übel betrachtet werden. Man empfindet zwar genug Loyalität gegenüber dem politischen System und ein hinreichend starkes Bedürfnis, die eigenen Präferenzen zum Ausdruck zu bringen, um sich mittelfristige politische Orientierungen zuzulegen. Die Investition in eine echte affektive Bindung an eine Partei erscheint aber nicht lohnenswert und, falls die Distanz zu den Parteien aus früheren Enttäuschungen herrührt, vielleicht sogar als zu riskant. Als Anhaltspunkte blieben solchen Wählern dann vor allem Merkmale von Parteien, die leicht erfassbar, aber möglicherweise auch relativ instabil sind: etwa ihre durch die Medien vermittelte Performanz oder die Glaubwürdigkeit einzelner Spitzenpolitiker.

### 3.5 Kumulative Effekte kognitiver Mobilisierung

In einem letzten Schritt der empirischen Analyse wollen wir prüfen, ob sich Effekte kognitiver Mobilisierung möglicherweise dann finden lassen, wenn wir die *kumulative Wirkung* der individuellen Ressourcen explizit berücksichtigen. In Abbil-

dung 6 haben wir die Ergebnisse für die Parteineigung (Existenz und Stärke) sowie für die affektive und die nicht-affektive Bedeutung bei den parteigebundenen Personen dargestellt. Kognitive Mobilisierung setzt sich dabei aus der Kombination der folgenden Merkmalsausprägungen zusammen: Der Grad kognitiver Mobilisierung wird auf einer additiven Skala gemessen, deren Wert sich jeweils um einen Punkt erhöht, wenn ein Befragter über das Abitur oder einen Hochschulabschluss verfügt, an Politik "ziemlich stark" oder "sehr stark" interessiert ist, an mindestens sechs Tagen die Nachrichten im öffentlich-rechtlichen Fernsehen verfolgt, an mindestens sechs Tagen sich in einer Regionalzeitung über das politische Geschehen informiert, an mindestens einem Tag in einer überregionalen Qualitätszeitung Informationen über das politische Geschehen sucht. Maximal kann ein Befragter durch die Kombination dieser fünf Ausprägungen fünf Punkte erhalten. Da die letztgenannte Gruppe mit 52 Befragten nicht sehr stark besetzt war, wurde sie mit denjenigen zusammengefasst, die auf vier Eigenschaften kamen.

Abbildung 6: Kumulative Effekte kognitiver Mobilisierung (September 2002)



Bei dem Merkmal der *Existenz und Stärke* einer Parteineigung (vgl. auch Abbildung 4) erkennt man eine deutliche Erhöhung des Mittelwerts mit jedem Skalenelement der kognitiven Mobilisierung. Im Ergebnis liegen damit diejenigen Wahlberechtigten, die sich bei allen betrachteten Aspekten als kognitiv hoch mobilisiert erweisen, mit einem Mittel von 3.4 um mehr als das Doppelte über dem Wert der Befragten, die bei keiner einzigen Teildimension als kognitiv mobilisiert gelten konnten (1.6). Auch in dieser Betrachtungsweise, die ausdrücklich in Rechnung stellt, dass sich die im Rahmen der Substitutionstheorie behaupteten Effekte kognitiver Mobilisierung womöglich erst in der Kombination einstellen, finden

sich keine Anhaltspunkte für die Gültigkeit der Hypothese. Ganz im Gegenteil weisen die Befunde sehr klar in Richtung der Involvierungshypothese.

Bei den an eine Partei gebundenen Personen finden wir aus der Perspektive kumulativer Effekte für die affektive Bedeutungskomponente ein ganz ähnliches Ergebnis. So hat die Parteineigung bei den Befragten, die auf mindestens drei Teildimensionen als kognitiv mobilisiert einzustufen sind, in weit höherem Maße eine affektive Bedeutung als bei den überhaupt nicht mobilisierten Personen. Keine nennenswerten Unterschiede zeigen sich hinsichtlich der nicht-affektiven Bedeutung.

## 4 Schlussfolgerung

Im Mittelpunkt dieses Beitrags stand die These, wonach der moderne, kognitiv hoch mobilisierte Wähler auf eine politische Bindung mehr oder weniger verzichten könne (Dalton 1984). Wir haben diese These noch dahingehend ergänzt, dass wir bei hoher kognitiver Mobilisierung der Wahlberechtigten auch einen Bedeutungswandel zu einer weniger affektiv ausgerichteten Parteineigung erwogen. Der moderne Wähler sei demnach politisch unabhängig oder binde sich nur noch "auf Widerruf" und ohne emotionale Vertiefung an eine politische Partei.

In unseren empirischen Analysen finden wir nur wenige Indizien zugunsten dieser Sichtweise. Ganz im Gegenteil weisen unsere Befunde fast durchweg darauf hin, dass es gerade die hoch mobilisierten Bürger sind, die sich nach wie vor an eine politische Partei gebunden sehen und die eine stark ausgeprägte und affektiv unterfütterte Bindung besitzen.

Natürlich ist es grundsätzlich denkbar, dass wir bei besseren Messungen für die Indikatoren kognitiver Mobilisierung zu einem anderen Ergebnis gekommen wären. So mag beispielsweise die üblicherweise verwendete Frage nach dem politischen Interesse ein sozial erwünschtes Antwortverhalten evozieren. Dies könnte es erschweren, die "wirklich" kognitiv hoch mobilisierten Bürger in einer Umfrage zu identifizieren. Ganz ausschließen können wir eine solche Möglichkeit nicht. Dass damit allerdings unsere Befunde in Gänze erklärt werden könnten, halten wir für nicht sehr wahrscheinlich, zu klar und eindeutig sind die von uns ermittelten Ergebnisse. Deshalb neigen wir dazu, die vor allem von Dalton (1984) formulierten Implikationen aus der Debatte um die kognitive Mobilisierung mit einem großen Fragezeichen zu versehen. Politik ist und bleibt auch für kognitiv mobilisierte Bürger komplex. Affektive Parteibindungen haben insbesondere bei kognitiv mobilisierten Wählern nach wie vor eine Funktion, und es ist nicht absehbar, dass sie diese künftig verlieren werden.

## Anhang: Wahlstudien für längsschnittliche Analysen

### Titel der Studie

1. Kölner Wahlstudie 1961 (September)	ZA-Nr. 0056
2. Bundestagswahl 1965 (September)	ZA-Nr. 0556
3. Bundestagswahl 1969, erste Panelwelle (September)	ZA-Nr. 0426
4. Wahlstudie 1972, zweite Panelwelle (Oktober/November)	ZA-Nr. 0635
5. Wahlstudie 1976, zweite Panelwelle (August/September)	ZA-Nr. 0823
6. Wahlstudie 1980, Politbarometer (September)	ZA-Nr. 1053
7. Wahlstudie 1983, Politbarometer (Januar/Februar)	ZA-Nr. 1275
8. Wahlstudie 1987, Politbarometer (Dezember/Januar)	ZA-Nr. 1536
9. Wahlstudie 1990, Politbarometer (Oktober/November)	ZA-Nr. 1920
10. Wahlstudie 1994, Politbarometer (September/Oktober)	ZA-Nr. 2546
11. Politbarometer 1998 (August/September)	ZA-Nr. 3160
12. Politbarometer 2002 (September)	ZA-Nr. 3849

## Literatur

- Berg, Klaus und Marie-Luise Kiefer (Hg.) (1996): *Massenkommunikation V. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung und Medienbewertung 1964-1995, Schriftenreihe Media Perspektiven, Bd. 14*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Berg, Klaus und Christa-Maria Ridder (Hg.) (2002): *Massenkommunikation VI. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung und Medienbewertung 1964-2000, Schriftenreihe Media Perspektiven, Bd. 16*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Bürklin, Wilhelm und Markus Klein (1998): *Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung*, Opladen: Leske + Budrich (2. Auflage).
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes (1960): *The American Voter*, Chicago: The University of Chicago Press.
- Converse, Philip E. (1969): "Of Time and Partisan Stability", *Comparative Political Studies* 2: 139-171.
- Converse, Philip E. und Roy Pierce (1987): "Measuring Partisanship", *Political Methodology* 11: 143-166.
- Dahlem, Stefan (2001): *Wahlentscheidung in der Mediengesellschaft. Theoretische und empirische Grundlagen der interdisziplinären Wahlforschung*, Freiburg/München: Karl Alber.
- Dalton, Russell J. (1984): "Cognitive Mobilization and Partisan Dealignment in Advanced Industrial Democracies", *Journal of Politics* 46: 264-284.
- Dalton, Russell J., Paul A. Beck und Scott C. Flanagan (1984): "Electoral Change in Advanced Industrial Democracies", in Russell J. Dalton, Scott C. Flanagan und Paul A. Beck (Hg.), *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies: Realignment or Dealignment?* Princeton, NJ: Princeton University Press, S. 3-22.
- Dalton, Russell J. und Martin P. Wattenberg (1993): "The Not so Simple Act of Voting", in Ada Finifter (Hg.), *The State of the Discipline II*, Washington, DC: American Political Science Association (APSA), S. 193-218.
- Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy*, New York: Harper & Row.
- Gluchowski, Peter (1983): "Wahlerfahrung und Parteiidentifikation. Zur Einbindung von Wählern in das Parteiensystem der Bundesrepublik", in Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann (Hg.), *Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 442-477.

- Güllner, Manfred, Hermann Dülmer, Markus Klein, Hans-Dieter Klingemann, Dieter Ohr, Markus Quandt und Ulrich Rosar (2004): *Die Bundestagswahl 2002. Vorgeschichte, Wahlkampf, Wählerverhalten*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften (im Erscheinen).
- Inglehart, Ronald (1977): *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Lazarsfeld, Paul F., Bernard Berelson und Hazel Gaudet (1968 [1944]): *The People's Choice. How the Voter Makes Up His Mind in a Presidential Campaign*, New York: Columbia University Press (3. Auflage).
- Müller, Walter (1986): "Soziale Mobilität: Die Bundesrepublik im internationalen Vergleich", in Max Kaase (Hg.), *Politische Wissenschaft und politische Ordnung. Analysen zu Theorie und Empirie demokratischer Regierungsweise. Festschrift zum 65. Geburtstag von Rudolf Wildenmann*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 339-354.
- Müller, Walter (1998): "Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten", *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50: 3-46.
- Ohr, Dieter (2004): "Changing Patterns in Political Communication", in Kees Aarts, André Blais und Hermann Schmitt (Hg.), *Political Leaders and Democratic Elections*, Oxford: Oxford University Press (im Erscheinen).
- Robertson, David (1976): "Surrogates for Party Identification in the Rational Choice Framework", in Ian Budge, Ivor Crewe und Dennis Farlie (Hg.), *Party Identification and Beyond. Representations of Voting and Party Competition*, London: John Wiley & Sons, S. 365-381.
- Schmitt-Beck, Rüdiger und Peter R. Schrott (1994): "Dealignment durch Massenmedien? Zur These der Abschwächung von Parteibindungen als Folge der Medienexpansion", in Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 543-572.
- Schnell, Rainer und Ulrich Kohler (1995): "Empirische Untersuchung einer Individualisierungshypothese am Beispiel der Parteipräferenz von 1953-1992", *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 47: 634-657.
- Schulz, Winfried, Reimar Zeh und Oliver Quiring (2000): "Wählerverhalten in der Mediendemokratie", in Markus Klein, Wolfgang Jagodzinski, Ekkehard Mochmann und Dieter Ohr (Hg.), *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 413-443.
- Shively, W. Phillips (1979): "The Development of Party Identification among Adults: Exploration of a Functional Model", *American Political Science Review* 73: 1039-1054.